



Bericht aus **Berlin**

Gunther Krichbaum 

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Freunde,

in dieser Woche hat das Bundeskabinett erneut eine Reihe von Projekten auf den Weg gebracht, die wir vor einem Jahr im Koalitionsvertrag vereinbart hatten. So wollen wir den **Führerschein günstiger machen**, damit junge Menschen gerade im ländlichen Raum mobil bleiben. Zudem werden wir zum Jahreswechsel einen großen Schritt in der Digitalisierung gehen: Mit der sog. „EUDI-Wallet“ kommt der **Personalausweis auf das Smartphone**. Nach dem digitalen Fahrzeugschein ist dies ein weiterer Schritt, unseren Alltag digitaler und einfacher zu machen. Über diese und andere Themen aus Berlin möchte ich Sie heute mit meinem aktuellen Newsletter informieren. Heute wurde auch das neue **Apothekengesetz** beschlossen, das die wohnortnahe Arzneimittelversorgung nachhaltig sichern und die Apotheken weiter stärken wird. Im Anhang habe ich Ihnen das ausführliche Schreiben unserer CDU/CSU-Berichterstatter im Gesundheitsausschuss beigefügt.

Ganz besonders wichtig ist mir aber der **direkte Austausch mit Ihnen**, um über aktuelle Themen diskutieren zu können. Bis zur Sommerpause will die Koalition die Weichen für dringend notwendige Reformen bei Gesundheit, Rente und Steuern stellen, die viel zu lange verschleppt wurden. Es gibt also vieles zu bereden und ich würde mich freuen, wenn Sie - unsere CDU-Mitglieder - **am übernächsten Samstag im LandBrauHaus**

Remchingen (Hauptstr. 111, 75196 Remchingen) zu einer internen Veranstaltung mit dabei wären.

Ich darf Ihnen nun wieder viel Spaß beim Lesen wünschen. Sollten Sie zu einzelnen Themen nähere Informationen benötigen, steht Ihnen mein Berliner Büro unter gunther.krichbaum@bundestag.de sehr gerne zur Verfügung.





Gunther Krichbaum

Abonnieren Sie hier meinen neuen Newsletter

Bislang wurde dieser Newsletter dankenswerterweise von der CDU-Kreisgeschäftsstelle verschickt. Um Sie direkt mit Informationen zu aktuellen Themen versorgen zu können, möchte ich Sie bitten, sich hier anzumelden, um meinen Newsletter zu abonnieren.

Zudem erreichen Sie mich selbstverständlich auch weiterhin in meinen Büros in Pforzheim und Berlin:

Wahlkreisbüro Pforzheim:

Telefon: 07231-140061

Email: gunther.krichbaum.wk@bundestag.de

Bundestagsbüro Berlin:

Telefon: 030-227 70371

Email: gunther.krichbaum@bundestag.de

Email: gunther.krichbaum@bundestag.de

Sie wollen nicht auf den Newsletter warten, sondern tagesaktuell dabei sein?
Dann folgen Sie mir auf:



Schüler und Azubis aufgepasst: mit dem Bundestag in die USA!



Jedes Jahr bietet das **Parlamentarische Patenschafts-Programm (PPP)** Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit, für ein Jahr in die USA zu reisen und dort den "American way of life" selbst zu erleben. Sie werden auch im Schulsystem integriert

und besuchen eine amerikanische Highschool. Erstmals bietet das PPP auch ein Stipendium für junge Berufstätige und Auszubildende an, um ein halbes Jahr in einem amerikanischen Betrieb zu arbeiten und zuvor ein

halbes Jahr ein College zu besuchen.

Interesse? [Hier](#) finden Sie alle nötigen Informationen.

Die Bewerbungsfrist für das PPP 2027/2028 endet am 11. September 2026.

Übrigens: Genauso wie deutsche Schülerinnen, Schüler und Auszubildende in den USA bei Gastfamilien unterkommen, suchen auch amerikanische Austauschschülerinnen **Gastfamilien in Deutschland**. Alle Infos gibt es [hier](#).

Rede im Bundesrat - Verlauf der Verhandlungen zum EU- Haushalt 2028–2034



Zurzeit verhandeln wir in der EU unseren gemeinsamen Haushalt – den sogenannten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR), der bis zum 31. Dezember 2027 beschlossen sein muss. Im Gegensatz zum Bundeshaushalt läuft dieser nicht ein Jahr, sondern ist auf sieben Jahre angelegt und wird von 2028 bis 2034 gelten. Als Staatsminister für Europa ist es meine Aufgabe, bei den Beratungen in Brüssel die deutschen Positionen zu vertreten und an Kompromissen mitzuwirken. Da der Haushalt auch die Bundesländer betrifft, habe ich diese im Bundesrat über den Stand der aktuellen Verhandlungen informiert. Diese Rede können Sie sich [hier](#) ansehen.

Wir machen die
Führerscheinausbildung günstiger,
moderner und flexibler!

In den letzten Jahren ist der Führerschein immer teurer geworden, nicht selten wird bereits die Schwelle von 4000€ überschritten. Für junge Menschen sind diese hohen Kosten zunehmend ein Problem, gerade im ländlichen Raum. Auch unsere Junge Union hat auf dieses Problem hingewiesen und es spielte in den letzten Wahlkämpfen eine Rolle. Junge Menschen müssen mobil bleiben.



Daher ist es unser Ziel, die Führerscheinausbildung effizienter und damit günstiger zu machen. Im Mittelpunkt steht dabei die **Zahl der Sonderfahrten**. Hierfür soll es in Zukunft keine gesetzlich vorgeschriebene Anzahl mehr geben, sondern die Fahrlehrer können nach den Fähigkeiten der Fahrschüler selbst entscheiden, wie viele Fahrten auf Autobahnen, Überland und in der Nacht notwendig sind. Auch sollen **Übungsfahrten mit nahen Angehörigen möglich werden**, wie dies bereits in anderen EU-Staaten erfolgreich umgesetzt wurde.

Zudem wird auch der theoretische Unterricht entschlackt. Der Fragenkatalog für die Theorie-Prüfung wird um ein Drittel verkürzt und es muss nicht mehr zwingend vor Ort in der Fahrschule Präsenzunterricht stattfinden. Wir ermöglichen jetzt vielmehr auch digitales Lernen.

Schließlich soll auch die Vergleichbarkeit der Fahrschulkosten und der Erfolgsquoten bei den praktischen und theoretischen Prüfungen verbessert werden. Hierzu sind entsprechende Meldungen an ein bundesweites Register vorgesehen. Auch die Fahrschulen sollen durch die neuen Regelungen entlastet werden, indem detaillierte Vorgaben zur Gestaltung ihrer Schulungsräume künftig wegfallen werden. Da erleichtert die Gründung und den Betrieb einer Fahrschule. **Um mit den Fahrschulen über die geplanten Neuregelungen direkt ins Gespräch zu kommen, werde ich in den nächsten Wochen gemeinsam mit dem zuständigen Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu einem digitalen Austausch einladen.**

E-Mobilität wird wieder gefördert!



Ende 2023 hatte die Ampel das Förderprogramm zum Kauf von E-Autos gestoppt. Im folgenden Jahr sind die Zulassungszahlen deutlich zurückgegangen. Nun hat die Bundesregierung ein neues Programm gestartet. **Seit dem 19. Mai 2026 können Anträge gestellt werden.** Das Antragsverfahren läuft vollkommen digital und ist über folgende Adresse zu erreichen: <https://foerderzentrale.gov.de>.

Im Mittelpunkt stehen Haushalte, die sich ohne staatliche Förderung bislang den Umstieg auf die E-Mobilität noch nicht leisten konnten. Mit den verfügbaren Mitteln in Höhe von drei Milliarden Euro kann in den nächsten drei bis vier Jahren die Anschaffung von geschätzt 800.000 Fahrzeugen unterstützt werden.

Privatpersonen, die sich für den Umstieg auf ein neues E-Auto oder ein Auto mit einem Plug-in-Hybrid-Antrieb entschieden haben, können eine **Förderung zwischen 1.500 und 6.000 Euro erhalten**. Die konkrete Höhe richtet sich nach dem Einkommen und der Kinderzahl. Damit ermöglichen wir es vielen Menschen, gerade auch Familien, sich ein Elektroauto leisten zu können. Zugleich ist das Programm ein starker An Schub für die Elektromobilität in Deutschland und bringt uns einen weiteren Schritt voran in Richtung Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern. Und es ist ein An Schub für unsere heimische Automobilwirtschaft, die starke Elektroautos im Angebot hat. Im ersten Quartal waren hierzulande neun der zehn meistverkauften E-Autos von deutschen Fahrzeugherstellern, das zehnte wurde zumindest in Deutschland produziert.

Die Förderung kann auch rückwirkend für Fahrzeuge beantragt werden, die ab dem 1. Januar 2026 erstmalig zugelassen wurden. Für weitere Fragen hat das zuständige Bundesumweltministerium einen umfassenden Fragen-Antwort-Katalog erstellt, der [hier](#) abgerufen werden kann.

Kein Antrag für das Kindergeld mehr notwendig

Der Bundestag bringt das antragslose Kindergeld auf den Weg.

Zukünftig müssen werdende Eltern in den meisten Fällen keinen Antrag auf Kindergeld mehr einreichen. Das antragslose Kindergeld ist zunächst auf Geburten ab dem zweiten Kind beschränkt, wird aber künftig auch auf erstgeborene Kinder ausgeweitet. Dadurch schaffen wir gerade in der sensiblen Phase rund um die Geburt eines Kindes eine spürbare Entlastung für junge Familien und



stärken Zugleich das Vertrauen in eine moderne, digitale Verwaltung.

Wir schaffen die Grundlage für die digitale Briefftasche: sicher, einfach und europaweit einsetzbar



Das Kabinett hat den



Gesetzentwurf für das Digitale Identitäten-Gesetz (DIdG) beschlossen, **um die digitale Brieftasche, die sog. „EUDI-**

Wallet“ in Deutschland einzuführen. Damit bringen wir unter anderem den Ausweis auf das Smartphone. Während nun im Bundestag die Beratungen beginnen, wächst die technische Infrastruktur hierfür parallel.

Unser Ziel ist klar

Anfang Januar 2027 wird die EUDI-Wallet flächendeckend verfügbar sein. Damit machen wir den Staat schneller, das Leben der Menschen einfacher und die Wirtschaft stärker. Denn die EUDI-Wallet ist mehr als ein digitaler Ausweis: Sie wird zum sicheren Zugang zu digitalen Nachweisen, Verwaltungsleistungen und wirtschaftlichen Anwendungen. Das erleichtert zahlreiche Alltagsprozesse – von Behördengängen bis zu Vertragsabschlüssen – und funktioniert europaweit. Damit ist die Wallet die Grundlage für ein digitales Miteinander:

1. Einfach digital nutzbar

Personalausweis oder Führerschein sind immer digital dabei: Die EUDI-Wallet wird zur zentralen Schnittstelle, mit der sich Bürgerinnen und Bürger gegenüber Behörden und privaten Unternehmen identifizieren können. Ob Bankgeschäfte, der Mobilfunkvertrag oder der Altersnachweis – der Identitätsnachweis wird so einfach wie heute bereits das kontaktlose Bezahlen. Zudem kommen künftig auf Wunsch Bescheide und Dokumente von Bundesbehörden direkt aufs Smartphone.

2. Digital souverän und sicher

Mit der Wallet bringen wir digitale Identität auf höchstem Sicherheitsniveau direkt aufs Smartphone. Dabei schaffen wir nationale Standards, die Vertraulichkeit und Integrität unserer Daten garantieren. Die Kontrolle über die eigenen Daten liegt bei den Nutzern. Das ist digitale Souveränität, die man in der Tasche trägt.

3. Türöffner in ganz Europa

Die deutsche EUDI-Wallet wird grenzüberschreitend anerkannt und kann auch in anderen EU-Mitgliedstaaten genutzt werden. Vor Kurzem war eine europaweit nutzbare, hochsichere digitale Identität noch eine Vision. Heute haben wir dafür die rechtliche Basis im Kabinett gelegt. Das ist ein Fortschritt für die Modernisierung unseres Landes.

Social Wall



Vergangene Woche hat mich eine Gruppe aus Pforzheim und dem Enzkreis besucht. Neben dem Besuch historischer Orte in Berlin, hat die Gruppe auch ein Gespräch mit meinem Büroleiter, Dr. Carsten Buchholz, im Reichstag geführt. Ich hoffe, Ihr hattet viel Spaß und freue mich auf ein baldiges Wiedersehen!



Zu Beginn des Monats hatte ich die besondere Ehre, Bundespräsident Steinmeier auf seiner Reise nach Schweden zu begleiten. Beim Mittagessen mit Premierminister Kristersson und seiner Delegation haben wir die deutsch-schwedischen Beziehungen in den Bereichen Wirtschaft, Kultur und Verteidigung vertieft.



Der Europarat ist gewissermaßen die “Herzkammer” Europas. Diese Institution, die deutlich älter ist, als alle EU-Organe, wacht über Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in ihren 46 Mitgliedstaaten. Anlässlich der 135. Sitzung unter der Präsidentschaft Moldaus war ich in Chisinau (der Hauptstadt von Moldau) und habe dort Deutschland vertreten.

Copyright Gunther Krichbaum MdB, 2025. All rights reserved.
Titelfoto: T. Koch; H. Sonbol.

E-Mail: gunther.krichbaum@bundestag.de

Homepage: www.gunther-krichbaum.de

Sie wollen keine E-Mail mehr erhalten? Dann melden Sie sich [hier](#) bitte ab.